

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3/4 - 61. Jahrgang

19. Februar 2011



Hans-Jochen Vogel im Gespräch mit Manuela Schwesig: Im Willy-Brandt-Haus wurde zum 85. Geburtstag des früheren Regierenden Bürgermeisters und SPD-Vorsitzenden eine Fotoausstellung eröffnet. Mehr auf Seite 2
Foto: Lothar Duclos

Auch Berlin klagt gegen neue AKW-Laufzeiten

Das Land Berlin schließt sich einer Klage mehrerer anderer Bundesländer gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland an.

Durch die Fortsetzung des Betriebs der Kernkraftwerke kommen auf die Länder und ihre Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden umfassende zusätzliche Aufgaben zu. Deshalb ist der Senat der Auffassung, dass die Gesetzesnovelle nicht ohne Zustimmung des Bundesrates hätte beschlossen werden dürfen. Gemeinsam mit Brandenburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ruft Berlin deshalb das Bundesverfassungsgericht an. **BS □**

Klaus Wowereit klar vorn

Beim aktuellen Berlin-Trend von Infratest Dimap im Auftrag von Berliner Morgenpost und RBB-Abendschau liegt Klaus Wowereit klar vorn.

Bei einer Direktwahl würden sich 62 Prozent für den Regierenden Bürgermeister entscheiden, nur 24 für den CDU-Kandidaten Henkel. Auch bei der Alternative Wowereit oder Künast führt der Amtsinhaber deutlich mit 53 Prozent vor der Herausforderin mit 30 Prozent. **BS □**

Wahlprogramm:

Offener Dialog

Berliner SPD hat die Programmdebatte eröffnet

„Berlin 2020 heißt für die SPD: Wir wollen eine neue Lebensqualität in der Stadt. Wir schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze, gesunde Lebensverhältnisse und eine ressourcenschonende Lebens- und Arbeitsweise“, heißt es im Programmentwurf der Berliner SPD. Jetzt ist sie über ihre Ziele in den Dialog getreten. Mitreden sollen die Mitglieder, aber auch alle Berlinerinnen und Berliner. Ihre Ideen fließen ein in den zweiten Entwurf des Wahlprogramms, der am 13. Mai auf einem Landesparteitag beschlossen werden soll.

Der erste Entwurf geht auf Anregungen und Papiere der Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse zurück. Das „BERLIN-programm 2011-2016“ soll als Grundlage eines „Zukunftsbündnisses“ dienen und nimmt sich zwei Schwerpunkte vor: „Arbeit für alle“ und „Zusammenhalt sichern“. „Der Schlüssel dafür liegt bei guter Bildung und Integration“, heißt es im Entwurf.

Mit der Konzentration auf Schwerpunkte ist es gelungen, den Entwurf auf 50 Seiten zu begrenzen. Beim ersten Programmdialog am Montag in den Weddinger Uferhal-



Klaus Wowereit beim Programmdialog in den Uferhallen. Foto: Horb

len fand das viel Zustimmung. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit machte deutlich, dass sich im Programm-entwurf auch eine Haltung ausdrücke: „Welche Liberalität bietet eine Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern? Wie organisieren wir die Teilhabe?“ Er setzt sich dafür ein, der Vielfalt der Stadt mit Respekt und Akzeptanz zu begegnen. Niemand dürfe außen vor bleiben. So heißt es im Entwurf: „Wir verstehen uns zuerst als die politisch gestaltende Kraft für die ganze Stadt und für ein erfolgreiches, lebens- und lebenswürdiges Berlin.“ **weiter auf Seite 6**

➔ www.berlin-miteinander.de

„Wichtige Zusammenarbeit“

Gabriel will das Band zwischen SPD und Gewerkschaften stärken

„Wir wollen das Band zwischen SPD und Gewerkschaftsbewegung wieder stärken“, erklärte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Dienstag auf einer Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz vor rund 700 Arbeitnehmervertretern.

An gleicher Stelle hatten die Delegierten eines SPD-Parteitag 1906 das „Mannheimer Abkommen“ beschlossen, das vorsah, dass politische Aktionen ohne aktiven Rückhalt in den Gewerkschaften keine Aussicht auf Erfolg haben könnten.

„Das Mannheimer Abkommen ist nie gekündigt worden, aber leider in Vergessenheit geraten – und zwar mehr in der

SPD als bei den Gewerkschaften“, so Gabriel. Dabei seien die Sozialdemokraten auf

IN DIESER AUSGABE:

SOLIDARISCH MIT NORDAFRIKA	S.2
FRAUENTAG WIRD 100	S. 3
PAUL SINGER UND DIE KUNST	S. 13
KUNST IN DER NACHBARSCHAFT	S.16

die Arbeitnehmervertretungen angewiesen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften besonders in der aktuellen Auseinandersetzung um die Hartz-IV-Reform wichtig sei. **K. D. □**



Ausstellung zum 85. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel im Willy-Brandt-Haus: Walter Momper und Klaus Wowereit bei der Eröffnung.



Fotos: Lothar Duclos

„Immer glaubwürdig“

Glückwünsche für Hans-Jochen Vogel

Mit einem Empfang im Berliner Willy-Brandt-Haus ist am 7. Februar der frühere SPD-Vorsitzende und Berliner Regierende Bürgermeister Hans-Jochen Vogel geehrt worden.

Viele Gäste kamen am Montag vergangener Woche ins Atrium der SPD-Parteizentrale gekommen, um Hans-Jochen Vogel zu gratulieren – nachträglich, denn 85 ist der Jubilar bereits am 3. Februar geworden. Unter ihnen sind viele langjährige Weggefährten wie der Präsident des Berli-

ner Abgeordnetenhauses Walter Momper und die zweimalige Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan. Als Überraschungsgast erschien der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer.

In seiner sehr persönlichen Glückwunschede attestierte der ehemalige Bundespräsident von Weizsäcker Hans-Jochen Vogel, er sei die „personifizierte Glaubwürdigkeit“. „Seine unglaublich genaue Professionalität hat mich stets beeindruckt.“

Kai Doering □

Außenpolitik:

„Desaster nicht wiederholen“

Solidaritätserklärung des SPD-Landesvorstands zu Nordafrika

Die Berliner SPD hat sich mit den Freiheits- und Demokratiebewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten solidarisiert.

„Wir sind bei den Menschen in den arabischen Ländern, die für Freiheit und Demokratie mit außerordentlichem Mut und Opferbereitschaft kämpfen“, so der SPD-Landesvorstand in seiner Erklärung. „Gerade wir Menschen in Deutschland - mit und ohne Zuwanderungsgeschichte - wissen um Diktatur, autoritäre Regime und den mutigen Kampf und die Opfer der Zivilgesellschaft, um zu freiheitlichen, gerechten und sozialen Verhältnissen zu kommen. Wir wissen, dass Mauern fallen können und die Zukunft positiv gestaltet werden kann.“

Der SPD-Landesvorstand setzt sich in der Erklärung für demokratische Wahlen ein, die dem Volkswillen Geltung verschaffen und die Einsetzung von „repräsentativen, verantwortlichen und wieder abwählbaren Regierungen in Tunesien, Ägypten und in den anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens“.

Zudem wird die Anerkennung der Staatlichkeit und des Existenzrechts Israels durch alle staatlichen und politischen Autoritäten der Region gefordert. Um Frieden in der Region zu erreichen müsse es effektive Schritte zur Verwirklichung der Zwei-

staatenlösung mit der wechselseitigen Anerkennung des Staates Israel und eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina geben.

Zudem setzt sich die Berliner SPD für eine grundlegende Neuorientierung der deutschen, europäischen und US-amerikanischen Außenpolitik ein, „die den moralischen Ansprüchen nach Freiheit und Demokratie gerecht wird und keine autoritären Regime bedingungslos im Namen der Stabilität unterstützt“.

Die Berliner SPD fordert eine politische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der demokratischen Umgestaltungsprozesse durch Deutschland, Europa und die USA. „Freiheit braucht auch soziale Gerechtigkeit. Die Programme müssen darauf ausgerichtet sein, die soziale Situation der Massen in mittelfristiger Perspektive entscheidend zu verbessern. Nicht Militärhilfe, sondern Hilfe zur Selbsthilfe ist das Motto.“

Die historische Chance einer demokratischen und sozialen Entwicklung Arabiens im 21. Jahrhundert dürfe nicht verspielt werden. „Europa mit seinen historischen Erfahrungen und seinen aktuellen Aushandlungsmöglichkeiten muss sofort eine proaktive Rolle übernehmen. Das Desaster in Ex-Jugoslawien darf sich nicht wiederholen.“

BS □

POLITIK PERSÖNLICH



Rolf Wiegand (l.), Vorsitzender des Fachbereichs Ver- und Entsorgung von Ver.di Berlin Brandenburg, ist auf der außerordentlichen Landeskonferenz des Fachbereichs einstimmig für den ehrenamtlichen Landesvorsitzenden Ver.di Berlin-Brandenburg nominiert worden. Die amtierende hauptamtliche Landesbezirksleiterin Susanne Stumpfenhusen wurde auf der Konferenz ebenso wie ihre Stellvertreterin Astrid Westhoff und ihr Stellvertreter Ronald Tremper für eine weitere Wahlperiode nominiert.

Susanne Stumpfenhusen (Foto, rechts) begrüßte auf der Konferenz die Rekonstruktionspläne der SPD. Zum Thema S-Bahn forderte sie schnelle Lösungen: „Besser als die DB kann das wohl jeder.“ Dies gehe aber nur gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Susanne Stumpfenhusen rief dazu auf, die Gewerkschaften zu stärken und Mitglied zu werden. Ein neues Mitglied konnte sie gleich vor Ort begrüßen: Der SPD-Abgeordnete Tom Schreiber (Foto, mitte) trat während der Konferenz der Gewerkschaft ver.di bei.

Foto: Jänen

Brigitte Lange, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist am vergangenen Wochenende als stellvertretende Bundesvorsitzende der Fachgruppe Bildende Kunst in der Gewerkschaft ver.di gewählt worden. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Internationaler Frauentag:

Es bleibt nicht nur bei Rosen

Die SPD hat in der Gleichstellungspolitik viel erreicht - und will weitermachen

Am 8. März wird die Berliner SPD wie in den vergangenen Jahren auf der Straße sein: Mehr als 20.000 Rosen werden zum 100. Frauentag verteilt. Eine duftende Gratulation für alle Berlinerinnen und Ausdruck der Wertschätzung. Aber die Berliner SPD hat mehr als Rosen zu bieten.

Die Entstehung des Frauentags ist mit der Sozialdemokratie verknüpft. Auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 schlug Clara Zetkin, Chefredakteurin der Sozialdemokratischen Zeitschrift „Gleichheit“, die Einführung eines internationalen Frauentages vor. Am ersten Frauentag am 19. März 1911 nahmen in Berlin rund 45.000 Frauen teil und forderten das Frauenwahlrecht. Allein in Wedding und in Moabit waren jeweils rund 5000 Frauen auf Veranstaltungen. Die Sozialdemokratie setzte sich für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht ein. Aber der Aufruf zum Frauentag mit dem Titel „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ wurde vom Berliner Polizeipräsidenten als „Beleidigung der Obrigkeit“ verboten.

In vielen kleinen Schritten erkämpften die Frauen ihre Rechte. Am 19. Januar 1919 konnten sie erstmals bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung abstimmen. „Es gab hierzulande Zeiten, da durften verheiratete Frauen nur mit Zustimmung ihres Ehemannes den Führerschein erwerben oder ein Arbeitsverhältnis eingehen“, erinnert Finanzstaatssekretärin Iris Spranger an Gesetzesregelungen, die noch in der Nachkriegszeit Geltung hatten.

Inzwischen ist viel erreicht worden - vor allem auch in Berlin. Ulrike Neumann, frau-



Klaus Wowereit beim Frauentag 2010: In diesem Jahr werden mehr als 20.000 Rosen verteilt.

Foto: Jänen

enpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Die Reform des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) im November 2010 hat das Gesetzesziel unmissverständlich klar gestellt: Die paritätische Teilhabe von Frauen, auch in Führungspositionen - mit Transparenz bei den Stellenausschreibungen über das mit Familie zu vereinbarende Anforderungsprofil bis hin zur Besetzung von Top-Jobs. Die Rechte der Frauenvertreterinnen in Verwaltungen und Unternehmen haben wir gestärkt. Verbesserte Regelungen für die Auftragsvergabe an Privatunternehmen und die Einbeziehung der Bauwirtschaft sorgen dafür, dass Unternehmen, die sich nicht um Frauenförderung kümmern, mit öffentlichen Aufträgen nicht mehr rechnen können.“

Frauenpolitik, so Hella Dunger-Löper, zieht sich auch durch das gesamte Wahlprogramm hindurch. „Gute und mehr Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben überhaupt“, so die Leiterin der Programmkom-

mission. „Wir wollen die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens stärken und damit Frauen Quereinstieg und neue Aufstiegschancen eröffnen. Und auch unsere Vorhaben zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts sichern die reale Gleichstellung von Frauen: kostenlose Kita für alle und die Ganztagschule sind wesentliche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die „City for all“, d.h. die barrierefreie Gestaltung der Stadt, insbesondere des öffentlichen Raums, ermöglicht allen, vor allem auch Frauen mit Kindern, eine neue Qualität der gesellschaftlichen Teilhabe.“

„Erfolge in der Gleichstellungspolitik sind nicht in Stein gemeißelt, sondern müssen immer wieder neu erkämpft werden“, so die SPD-Abgeordnete Ulrike Neumann. „Während in schwarzgelb-regierten Bundesländern Rückschritte zu beklagen sind, ist die Berliner Gleichstellungspolitik mehr denn je Vorbild.“

Ein aktuelles Beispiel für die Auseinandersetzungen ist für Finanzstaatssekretärin Iris Spranger der Vorstoß zur Einführung einer gesetzlichen Frauenquote in den Aufsichtsräten und Vorständen der Wirtschaftsunternehmen. „Die von den Unternehmen im Jahr 2001 eingegangene Selbstverpflichtung hat nichts gebracht. Die zwei zuständigen Ministerinnen der schwarz-gelben Bundesregierung streben jetzt einen faulen Kompromiss an: Sie wollen den Unternehmen erneut bis 2013 Zeit zur Umkehr geben. Eine nicht akzeptable Hinhaltetaktik.“

U.H. □

➡ mehr in der März-Ausgabe des Vorwärts-Berlin

Stadtentwicklung:

„Wir lassen uns die Arbeit nicht kaputt machen“

Ingeborg Junge-Reyer: Berlin übernimmt die Finanzierung der Sozialen Stadt selbst

Nach den drastischen Mittelkürzungen des Bundes für Projekte der sozialen Stadtentwicklung will Berlin die fehlenden Gelder jetzt aus eigener Kraft ersetzen. „Wir werden uns die erfolgreiche Arbeit in den Kiezen nicht kaputt machen lassen“, erklärte Berlins Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte eine Kürzung der Mittel um rund 72 % beschlossen. Weiterhin entschied er, keine Verschiebung von Mitteln aus anderen Programmteilen der Städtebauförderung in das Programm „Soziale

Stadt“ mehr zu erlauben. Darüber hinaus sieht der Parlamentsbeschluss vor, dass nur noch Projekte finanziert werden, die sogenannten investiven Charakter haben. Damit würden alle Modellprojekte im Bereich soziale Integration und Bildung, wie Stadtteilmütter, kulturelle Bildungsbündel, Nachbarschaftszentren und Ausbildungsprojekte für Jugendliche, aus der Förderfähigkeit herausfallen.

Um dies zu verhindern, will der Senat nun alle Kürzungen des Bundes durch den Einsatz weiterer Landesmittel aus dem Förderprogramm „Investitionspakt“ auffangen.

Senatorin Junge-Reyer: „Wenn die Bundesregierung einerseits Berlin vorwirft, zu wenig für die Integration und die Bildung zu tun, gleichzeitig die Mittel dafür wegekürzt und sich dann beklagt, dass wir nicht schnell genug Fortschritte in den Problemkiezen machen, ist das unredlich und nicht hinnehmbar. Gerade die sozio-integrativen Modellprojekte sind ein wichtiger Pfeiler der positiven Entwicklung in den Quartieren. Wir werden uns die erfolgreiche Arbeit in den Kiezen nicht kaputt machen lassen. Mittel für Bildung und soziale Integration sind die beste Investition, die ich mir vorstellen kann.“

BS □

Flugrouten:

Flugsicherung: Es geht auch leiser

Eine in dieser Woche von der Flugsicherung vorgelegte Variante würde den Berliner Südwesten entlasten. Noch aber sind alle Varianten in der Diskussion.

Weniger Lärm in Berlin gäbe es, wenn die Maschinen beim Start von der Nordbahn geradeaus fliegen oder nur leicht in Richtung Berlin abdrehen. Bei Starts von der Südbahn könnte die Flugroute um 15 Grad nach Westen abknicken. Auch Zeuthen soll vom Lärm verschont bleiben. Mit den neuen Vorschlägen sei man auf dem richtigen Weg, kommentierte Senatssprecher Meng die Pläne. Noch müssten allerdings Details geklärt werden.

Die Deutsche Flugsicherung forderte die Fluglärmkommission auf, sich intern abzustimmen und der DFS zeitnah „eine abgestimmte Meinung“ zukommen zu lassen. Die letzte Entscheidung liegt bei der Flugsicherung. **BS** □

Finanzen:

Müller: BIH-Entscheidung war sachgerecht

Als „sachgerecht und verantwortungsvoll“ hat der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller, die Entscheidung des Senats bezeichnet, die Berliner Immobilien Holding (BIH) nicht zu verkaufen.

„Der Verkauf hätte nur Sinn gemacht, wenn eindeutig klar gewesen wäre, dass man nicht auf dem Schlechten sitzen bleibt“, sagte Müller. „Aus diesem Grund stand als Bedingung für einen Verkauf für uns von vornherein fest, dass der Käufer die Risiken vollständig übernehmen und eine Transparenz über seine Finanzierungs- und Käuferstruktur herstellen muss. Diese Bedingungen wurden vom Interessenten nicht erfüllt. Ein Verkauf der BIH ohne eine Transparenz über die Haftungskette und die Übernahme der Risiken wäre hingegen der falsche und verantwortungslose Weg gewesen.“

Müller bezeichnete es aber als richtig, dass die Finanzverwaltung von der Koalition aufgefordert wurde, den Verkauf ernsthaft zu verhandeln. „Die Chance, mögliche Risiken für den Landeshaushalt zu reduzieren, musste gewissenhaft geprüft werden“, so Müller. „Nach der Entscheidung geht es für das Land jetzt darum, die Gewerbeimmobilien wirtschaftlich zu vermarkten. Für die Wohnungen in Berlin werden zusätzlich die Belange der Mieterinnen und Mieter eine Rolle spielen. Dieser Aufgabe müssen wir uns jetzt stellen.“ **PM** □

Volksbegehren:

Transparente Prüfung

Müller: SPD will Anteile an Wasserbetrieben zurückkaufen

Ein Rest an Misstrauen war offenbar geblieben: Mehr als 660.000 Berlinerinnen und Berliner sprachen sich beim erfolgreichen Volksbegehren am vergangenen Sonntag für eine Offenlegung der bereits offengelegten Wasserverträge aus.

Weitere Verträge, die die Kriterien des Volksbegehrens erfüllen, gebe es nicht, betonte der Senat. Deshalb komme auch die von den Senatsjuristen als nicht verfassungsgemäß eingeschätzte „Nichtigkeitsklausel“, die den Vertrag für unwirksam erklärt, wenn nicht alles offengelegt wird, nicht zum Tragen.

Eine unabhängige Person könnte nun für noch mehr Transparenz sorgen. „Ich bin

auch gerne bereit, wenn noch weitere Vorwürfe im Raum stehen, es sei noch nicht alles veröffentlicht, jemand Unabhängigen daran zu setzen, der das alles einmal nachvollzieht“, sagte Klaus Wowereit.

Ebenso wichtig aber sind den Berlinerinnen und Berlinern offenbar stabile Wasserpreise. „Wichtig ist es nun, die nächsten Schritte zu gehen und wieder mehr Einfluss auf die Berliner Wasserbetriebe zu bekommen. Gespräche dazu laufen bereits und es ist das Ziel der SPD, Anteile zurückzukaufen, um Arbeitsplätze, Investitionen und mindestens stabile Preise für die Zukunft zu gewährleisten“, erklärte der SPD-Vorsitzende Michael Müller nach dem Volksentscheid. **BS** □

Bankenskandal:

Lücke im Strafrecht

Zimmermann: Landowsky ist politisch verantwortlich

„Dass Klaus-Rüdiger Landowsky und die übrigen Banker nun strafrechtlich nicht belangt werden, ist unbefriedigend und stört den Rechtsfrieden erheblich.“ Das erklärte der SPD-Abgeordnete und ehemalige Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Bankenskandal, Frank Zimmermann zum Freispruch im Untreue-Prozess gegen Klaus-Rüdiger Landowsky.

Mindestens vier Milliarden Euro Schaden habe der Bankenskandal verursacht, so Zimmermann. „Die Allgemeinheit muss teuer bezahlen, was die Bankvorstände seinerzeit angerichtet hatten. 1,75 Milliarden musste das Land bereits 2001 als Kapital der ruinierten Bank zuführen, 2,2 Milliarden Euro sind seither aufgrund der Garantien an die Sorglos-Fonds geflossen. Nicht mitgerechnet sind die 1,8 Milliarden Euro für den Rückkauf von Fondsanteilen, weil das Land dafür einen gewissen Gegenwert erhalten hat. Die Bilanz wird sich vermutlich noch verschlechtern, denn die Garantien für die verbliebenen privaten Fondszeichner laufen teilweise noch bis 2030.“

Diese enorme Schädigung des Landesvermögens wurde im wesentlichen verursacht durch das Fondsgeschäft der Bankgesellschaft von 1994 bis 1999. Die marktüblichen Garantien hatten die Anleger völlig risikofrei gestellt und dafür die Bank an den Rand des Abgrunds getrieben. Der Verantwortliche im Konzernvorstand war Klaus Landowsky. Die nunmehr Freigesprochenen waren an den Beschlüssen

über die Garantiefonds maßgeblich beteiligt.

Frank Zimmermann: „Das Geld könnte das Land gut gebrauchen für die Sanierung von Kitas, Schulen und Straßen. Angesichts dieses Schadens erscheinen die Behauptungen Landowskys wie blanker Hohn. Er sagt bewusst die Unwahrheit, um die Öffentlichkeit über seine Rolle zu täuschen.“

Die Berlinerinnen und Berliner haben das politische Urteil über Landowsky längst gesprochen, so Zimmermann. „Der Grund für Urteil des Gerichts ist ein Wandel in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das mitten im Verfahren neue Hürden für die Beweisführung aufgestellt hat. Es hat damit die bereits vom BGH bestätigte Verurteilung aufgehoben. Warum es ausgerechnet in Zeiten milliarden-schwerer Rettungsaktionen für Pleitebanken die Bestrafung von verantwortlichen Managern erschwert, bleibt ein Geheimnis. Im Ergebnis ist der Tatbestand der Untreue gemäß § 266 StGB auf derartige Fälle nur noch sehr eingeschränkt anwendbar – eine unerträgliche Lücke im Wirtschaftsstrafrecht.“

Sollte sich der Freispruch im Revisionsverfahren bestätigen, müsse das Strafrecht geändert werden, fordert Zimmermann. „Einen Freibrief für Banker, die bewusst fremdes Vermögen gefährden, darf es nicht geben. Der Bundesgesetzgeber muss einen anwendbaren Tatbestand schaffen, der insbesondere auch das öffentliche Vermögen besser schützt.“ **PM** □

Wahlprogramme im Bezirk:

Guter Platz für Umweltunternehmen

SPD Marzahn-Hellersdorf diskutiert bezirkliches Wahlprogramm

Die Marzahn-Hellersdorfer SPD hat durch den Beschluss eines Mitgliederforums im Dezember 2009 die Einsetzung einer Strategiekommission beschlossen, welche seither mit der Konzeption eines bezirklichen Wahlprogrammes für die anstehenden Wahlen beauftragt ist. Sie besteht neben dem Kreisvorsitzenden aus Vertretern der Abteilungen. Um einzelne Themenschwerpunkte zu definieren, haben die Arbeitsgemeinschaften helfend in ihren Bereichen die Strategiekommission unterstützt. Der erste Entwurf wurde an die Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften im Kreis versendet, damit sie Änderungsvorschläge in die Strategiekommission bringen können. Der dann erarbeitete Entwurf wird auf einer KDV im März beraten und beschlossen.

Gute Arbeit fängt bei der bestmöglichen Ausbildung an. Wir werden die Schulstandorte im Bezirk erhalten und die Sekundarschulen ausbauen. Daneben soll ein bezirkliches Ausbildungsprogramm zwischen Schulen und den regionalen Wirtschaftsverbänden initiiert werden, um eine gezielte Ausbildungsplatzfindung zu fördern. Der Bezirk hat Stärken in der Gesundheitswirtschaft. Wir unterstützen und fördern den Ausbau des Vivantes Klinikum in Kaulsdorf. Durch dessen Fertigstellung



Eines der Wahrzeichen im Bezirk: Die Marzahnener Mühle. Foto: SPD Marzahn-Hellersdorf

und mit dem Unfallkrankenhaus Berlin hat der Bezirk große Potentiale bei der Ansiedlung von Medizintechnik- und Biotechnologie-Bereiche. Wir wollen neue Unternehmen im CleanTech-Park Marzahn ansiedeln, die ebenfalls einen Beitrag zur Green Economy leisten, wie die Solarfirma Iventux. Durch den neuen Großflughafen BBI wird auch Marzahn-Hellersdorf von Unternehmensansiedlungen profitieren. Um die nötige Infrastruktur zu schaffen und um die verkehrliche Anbindung der Gewerbegebiete in Marzahn zu verbessern, werden

wir den geplanten Lückenschluss der Tangentialverbindung Ost (TVO) weiter vorantreiben.

Im sozialen Bereich müssen wir durch eine sensible Vermietungspolitik der Wohnungsbaugesellschaften in den Großsiedlungen die Nachbarschaft stabilisieren und fördern. Um darauf Einfluss haben zu können, lehnen wir den Verkauf von städtischen Wohnungen ab. Nur so lassen sich soziale Monostrukturen in den Quartieren verhindern. Darüber hinaus wollen wir generationsübergreifendes Wohnen aktiv fördern, in dem wir gezielt Baugruppen, bestehend aus Älteren und Jüngeren, unterstützen.

Wir haben das erste bezirkliche Integrationsprogramm Berlins aktiv begleitet. Vielfältigkeit verstehen wir als Chance für den Bezirk. Interkulturelle Potentiale müssen stärker erkannt und gefördert werden. Wir werden uns für mehr sprachliche Förderung an Kitas einsetzen, um den Übergang in die Schule zu erleichtern.

Wir stehen bis September und darüber hinaus im ständigen Dialog mit den regionalen Jugendhilfeträgern, Vereinen und Wirtschaftsverbänden und Initiativen, um mit ihnen Gedanken und Ideen in Hinblick auf das Wahlprogramm auszutauschen. Hierzu bieten sich viele Gelegenheiten durch diverse Veranstaltungen und Gesprächsrunden. **BS** □

Gemeinschaftsschule:

Abstimmen, bis das Ergebnis passt

Wie die CDU in Reinickendorf mit dem Elternwillen umgeht

In Reinickendorf hatten Eltern offenbar den falschen Elternwillen. Die CDU hat sie jetzt davor bewahrt und die geforderte Gemeinschaftsschule abgelehnt.

Die Hanna-Höch-Grundschule und die Greenwich-Oberschule wollten sich zu einer Gemeinschaftsschule zusammenschließen. Der entsprechende Antrag beider Schulen war von der Senatsbildungsverwaltung ausdrücklich befürwortet worden, bedurfte aber zur Umsetzung einer Entscheidung des Bezirks als Schulträger.

Nachdem die Bezirksverordnetenversammlung in Reinickendorf mit ihrem Beschluss am 12. Januar 2011 noch die Gründung einer Gemeinschaftsschule unterstützt hatte, hat die CDU-Fraktion nun am 9. Februar 2011 ihre schulpolitische Blockadehaltung fortgesetzt und das Thema noch

einmal in der BVV abstimmen lassen. „Die engagierten Eltern, Lehrer und Schüler, die noch vor der Abstimmung mit Transparenten für ihr ambitioniertes Schulprojekt geworben hatten, wurden Augenzeuge dieser unwürdigen Politikdemonstration der CDU im Rathaus Reinickendorf“, kommentierte die SPD den Vorgang.

Für Uwe Brockhausen, Vorsitzender der SPD-Fraktion, ist dies ein weiterer Beleg dafür, dass der politische Wechsel im Rathaus Reinickendorf überfällig ist: „Wenn die CDU-Fraktion und ihre Schulstadträtin dieses engagierte Schulprojekt im Kern als „DDR-Einheitsschule“ bezeichnen und bereits getroffene Entscheidungen der BVV wieder zur Abstimmung aufrufen, weil an einem Sitzungstag eine neue Mehrheit mit 1 Stimme organisiert werden kann, sind eine konstruktive und sachliche schulpoliti-

sche Auseinandersetzung bestimmt nicht ihr Anliegen. Ich kann die engagierten Pädagogen, Eltern und Schüler nur bitten, sich von dieser Art der Politik und Machtarroganz der CDU im Rathaus nicht entmutigen zu lassen. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin für dieses schulpolitisch einmalige Vorhaben im Märkischen Viertel einsetzen. Reinickendorf braucht Zukunft und eine gute Schulpolitik!“

Enttäuscht reagierte auch Bildungssenator Jürgen Zöllner: „Der BVV-Beschluss bringt ein sinnvolles Gemeinschaftsschulprojekt zu Fall und ignoriert dabei völlig die Interessen und den Willen der Schülerinnen und Schüler, der Eltern sowie der beteiligten Kollegien. Mich erstaunt, dass diejenigen den Elternwillen missachten, die ihn sonst bei jeder Gelegenheit als besonders wichtig reklamieren.“ **BS** □

Programmentwurf:

Die Debatte ist eröffnet

Gelungener Auftakt: 250 SPD-Mitglieder beim ersten Programmdialog

Druckfrisch lagen am Montag die ersten Exemplare des Wahlprogramm-entwurfs auf den Tischen in den Weddinger Uferhallen. Gut 250 Mitglieder aus Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Reinickendorf waren gekommen. Mehr als zwei Stunden lang diskutierten sie ernsthaft in wechselnden Gruppen über ihre Anforderungen an das Wahlprogramm für den 18. September.

Am Sonnabend zuvor war der Entwurf für das rund 50seitige Programm auf einer Klausurtagung des Landesvorstands beraten worden. Seite für Seite gingen die Landesvorstandsmitglieder den Text durch, der aus den Papieren der Arbeitsgemeinschaften, Foren und Fachausschüsse entstanden war. Unklarheiten wurden angesprochen, die Texte für die letzten noch fehlenden Abschnitte eingearbeitet.

Am Montagnachmittag wurden die Texte dann im eigenen Internetforum www.berlin-miteinander.de online gestellt. Hier können sie seither abschnittsweise kommentiert werden. Der SPD ist eine breite und partizipative Programmdebatte wichtig: Die Mitgliedschaft, aber auch die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, die Schwerpunkte des Programms für die Zukunft Berlins kennenzulernen, zu diskutieren und sich aktiv einzubringen. Etliche Beiträge mit Hinweisen, Ergänzungen und Fragen sind im Internet bereits eingetragen worden. Mitglieder haben zudem die Möglichkeit, auf drei regionalen Programmdialogen ihre Ideen persönlich einzubringen. Den Auftakt machte am Montag die Veranstaltung im Wedding.

„Jede und jeder einzelne zählt, jeder muss mitgenommen werden.“ Was Klaus Wowereit beim Programmdialog in den Uferhallen als sozialdemokratisches Wahlziel formulierte, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, gilt auch für den innerparteilichen Dialog. Abteilungen und Kreise können wie gewohnt ihre Anträge einbringen. Aber es soll keine Idee verloren gehen.

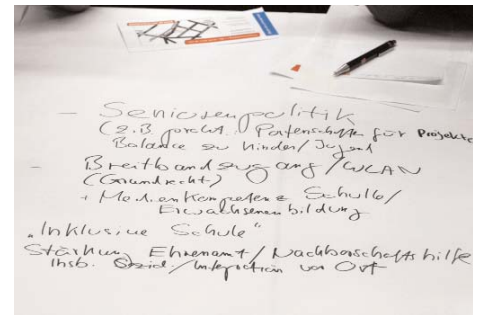
Deshalb wird auf den Veranstaltungen zum Programmdialog - nach einer kurzen Einführung durch den SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller und die Koordinatorin der Programmdebatte Hella Dunger-Löper - in kleinen Gruppen miteinander zu drei Themenkomplexen diskutiert. Im Mittelpunkt stehen: „Gute Arbeit für alle und wirtschaftliche Entwicklung“, „Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle“ sowie „Unsere Politik für Berlin“. Ideen



Programmdialog in den Weddinger Uferhallen: An kleinen Tischen wurde diskutiert. Mit dabei: Michael Müller und Klaus Wowereit. Fotos: Horb



Tischgruppen in den Uferhallen.



Die Arbeitsergebnisse sind festgehalten.

können direkt auf den großen Papiertischdecken festgehalten werden. Sie werden anschließend abgetippt und fließen wie auch die Kommentare aus dem Internet in die Überarbeitung des Entwurfs ein.

Mit seinen gut 50 Seiten habe es nicht den Anspruch, zu jeder Einzelheit Stellung zu beziehen, so der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller in seiner Begrüßung. Es mache die wesentlichen Ziele der Berliner SPD deutlich. „Wir schaffen ein neues Miteinander in Berlin, in dem alle Berlinerinnen und Berliner soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg erfahren können“, so wird es im Programmentwurf formuliert.

Der SPD geht es um gute Arbeit und soziale Teilhabe - das sind die zentralen Botschaften des Programmentwurfs. Eine wichtige Grundlage für beides ist die Bildung. Einfache Versprechungen finden sich nicht, aber es werden - etwa im Bereich der Schaffung neuer Arbeitsplätze - die Entwicklungschancen benannt, die Berlin in der Elektromobilität, der Gesundheitswirtschaft, mit seiner Kreativszene oder im Tourismus hat. Die Verbindung von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft und die Entwicklung von Orten wie Adlershof oder Tegel werden dargestellt.

Die SPD könne auf eine stolze Leistungs-

bilanz aus den vergangenen zehn Jahren zurückblicken, so Klaus Wowereit auf dem 1. Programmdialog. „Ich bin stolz darauf, wie sich Berlin entwickelt hat.“ Berlin sei eine Metropole, die vielen Menschen eine Zukunft biete.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung zeigt aufwärts. Das bedeutet mehr Arbeitsplätze und bessere Einkommen in Berlin. Wenn es diese erfreuliche Entwicklung aber gebe, dann werde es kaum vermeidbar sein, dass auch die Preise sich an das Niveau anderer bundesdeutscher Städte anpassen, so Klaus Wowereit. Daraus ergibt sich für die SPD noch einmal eine wichtige Herausforderung für die kommenden Jahre: Sie muss die Entwicklung so gestalten, dass niemand in der Stadt „abgehängt“ wird.

So spielten in den Diskussionen der Mitglieder auch die Sorge vor steigenden Mieten oder Verdrängung aus angestammten Kiezen eine Rolle. Bildung und Verkehrspolitik oder die Finanzierung der Kita-Eigenbetriebe wurden thematisiert. Immer wieder ging es aber auch um die Frage, was die SPD von den anderen Parteien unterscheidet: „Berlin ist die Stadt der vielen Minderheiten. Nur die SPD ist in der Lage sie alle zusammenzuhalten“, so brachte es ein Teilnehmer auf den Punkt. **U. Horb** □

Miteinander der Generationen

25. Februar: Die AG 60plus lädt zum Empfang

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der Berliner SPD setzt auch in diesem Jahr ihre Tradition fort, in den ersten Wochen des neuen Jahres zu einem Treffen für das soziale Berlin einzuladen.

Der Empfang soll eine Begegnungsstätte für Menschen sein, die sich der Idee einer solidarischen Gesellschaft und einer Kultur des Miteinanders der Generationen verbunden fühlen, so der Vorsitzende der AG60plus, Werner Kleist. Unter dem Motto „Arbeit, Zusammenhalt und Bildung – Für eine solidarische Gesellschaft“ besteht in entspannter Atmosphäre die Möglichkeit des Kennenlernens, der Kontaktaufnahme und des Meinungsaustausches.

Als Gastredner erwartet die AG 60plus den SPD-Landesvorsitzenden Michael Mül-



60plus-Empfang 2010

Foto: Schmidtsdorf

ler und die Justizsenatorin Gisela von der Aue.

Sebastian Schmidtsdorf □

➔ Jahresempfang der AG 60 plus der SPD Berlin am Freitag, dem 25.02.2011, 14 bis 18 Uhr, im Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Urbanstr. 21, 10961 Berlin-Kreuzberg

„Gute Atmosphäre“

Praktikum bei der Berliner SPD

Das Schülerpraktikum im Landesverband hat mir sehr gut gefallen. Ich werde diese Atmosphäre hier vermissen, weil alle sehr nett und offen mit mir und miteinander umgegangen sind. Ich habe in den zwei Wochen viele neue Sachen gelernt.



Ayse Harmanci berichtet über ihr Schülerpraktikum im Kurt-Schumacher-Haus.

Ich habe viele Aufgaben von Daniela Fiedler, der Arbeitsbereichsleiterin, und Eva-Maria Wunderlich, der Landessekretärin der Ju-

ros, bekommen. Ich musste E-Mails schreiben, viel recherchieren und auch Sachen organisieren, das hat mir sehr Spaß gemacht.

Außerdem habe ich eine halbe Stunde an der AG 60 plus-Sitzung teilgenommen. Ich fand es sehr interessant, worüber diskutiert wurde. Ich war einmal mit Eva im Willy-Brandt-Haus, dort haben wir an einem Konzepttreffen teilgenommen. Es war interessant zu sehen, wie und was man alles für ein Wahlprogramm organisieren muss. Ich empfehle das Praktikum im Landesverband an alle weiter, vor allem an die Leute, die sich für Politik interessieren.

Ayse Harmanci □

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Erster berlinweiter Schwuso-Stammtisch. Am Freitag, 25. Februar 2011, 20.00 Uhr laden die Berliner Schwusos zum berlinweiten Stammtisch, der allen Berliner Schwusos und Freunden die Möglichkeit geben wird, andere Kreise kennen zu lernen und sich untereinander besser zu vernetzen.

Als Lokal wurde das Lola's (Auguststraße 2, U Friedrichstraße/Oranienburger Tor) in Mitte ausgewählt. Bei diesem ersten Schwusos-Berlin-Stammtisch wird Dr. Eva Högl, Juristin und Bundestagsabgeordnete für Mitte, als Gast dabei sein, um darüber zu berichten, wie genau es dazu kam, dass sowohl der Antrag der SPD auf Gleichstellung der Lebenspartnerschaft als auch der Antrag der Linken auf Öffnung der Ehe im Rechtsausschuss des Bundestags im Januar

scheiterten und wie die SPD dieses Thema weiter angehen wird.

Petra Merkel eröffnet Ausstellung „Querbeet“ im Wahlkreisbüro. Malerei und Grafik der Zehlendorfer Künstlerin Susanne Schrenk sind vom 28. Februar bis zum 5. Mai 2011 im Wahlkreis- und SPD-Bürgerbüro GOETHE15 zu besichtigen. Susanne Schrenk malt seit über 30 Jahren. Ihre künstlerischen Arbeiten umfassen Zeichnungen mit Bleistift und Kohle, Aquarell- und Ölmalerei, Collagen mit Naturmaterialien sowie Grafik in verschiedenen Drucktechniken.

➔ Eröffnung: 28.02.2011, 17:00 - 19:00, Wahlkreisbüro Petra Merkel, MdB, Goethestraße 15, 10625 Berlin

➔ Öffnungszeiten: Mo. + Di. 12 bis 16 Uhr; Mi. + Do. 10 bis 14 Uhr.

FRAKTION INTERN

Spielhallengesetz. Nach dem Abgeordnetenhaus hat nun der Berliner Senat einen Entwurf für ein Spielhallengesetz beschlossen. Die SPD-Fraktion sieht darin einen wichtigen Schritt zur Eindämmung der Spielhallenflut in Berlin. Berlin ist das erste Bundesland, das gegen diese fatale Entwicklung entschieden vorgeht. Bereits zum 1. Januar 2011 gilt der erhöhte Steuersatz von 20 (vorher 11) Prozent für Gewinnspielgeräte. Die SPD-Fraktion hat ein umfassendes Gesamtkonzept zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht im Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht. Mit dem jetzt im Senat verabschiedeten Entwurf für ein Spielhallengesetz werden wesentliche Bestandteile davon in Gesetzesform gebracht. Mit dem Landesspielhallengesetz wird ein Mindestabstand zwischen zwei Spielhallen festgelegt. Außerdem soll nur noch eine Spielhalle pro Gebäude erlaubt sein. Pro Spielhalle soll die maximal erlaubte Zahl der Automaten von 12 auf 8 reduziert werden. Darüber hinaus sollen zukünftig strenge Anforderungen für Betreiber und Personal gelten. Eine weitere Neuerung ist die Begrenzung der Öffnungszeiten. Bisher dürfen die Spielhallen praktisch rund um die Uhr geöffnet sein, zukünftig müssen sie acht Stunden - von 3 bis 11 Uhr morgens - schließen.

Stadtteiltage. Die SPD-Fraktion setzt die Reihe der Stadtteiltage fort. Nachdem diesen Monat bereits Brigitte Lange und Jörg Stroedter, Andreas Kugler sowie Dilek Kolat zahlreiche Veranstaltungen in ihren Bezirken durchgeführt haben, laden nun Karlheinz Nolte und Karin Seidel-Kalmutzki zu Stadtteiltagen ein. So wird Karlheinz Nolte am 25. Februar unter anderem um 13 Uhr gemeinsam mit Kulturstaatssekretär Andre Schmitz und der Leiterin Dr. Christine Glauning das Dokumentationszentrum NS Zwangsarbeit besuchen und anschließend um 15 Uhr mit Staatssekretär Dr. Knut Nevermann und der Hochschulleitung zum Rundgang über den Campus Wilhelminenhof der Hochschule für Technik und mit Wirtschaft einladen. Interessierte können sich zu beiden Terminen unter (030) 65 49 62 04 anmelden. Am 2. März 2011 lädt Karin Seidel-Kalmutzki gemeinsam mit Bezirksstadtrat Andreas Geisel und Mitgliedern der SPD-Fraktion Lichtenberg um 11 Uhr zur Gesprächsrunde mit BürgerInnen und Vereinen aus Hohenschönhausen bei Spik e.V., Am Berl 13, 13053 Berlin, ein. Um 18 Uhr findet dann ein Bürgerforum zum Thema „Förderprogramm Stadtumbau-Ost“ im Jugendclub Mikado, Egon-Erwin-Kisch-Str. 1a, 13059 Berlin statt.

R.P. □

➔ Mehr unter: <http://www.spdfraktion-berlin.de/berlinerstadtteiltage>

Kultur:

Braucht Berlin ein Theatermuseum?

Klaus Wichmann im Interview: Ein Gesamtkunstwerk sichtbar machen

Ein Verein wirbt für die Einrichtung eines Theatermuseums in Berlin. Eine erste Ausstellung wurde bereits organisiert. Die Berliner Stimme sprach mit Klaus Wichmann, einem der Sprecher des Vereins, über das Projekt und die Leidenschaft für das Theater.

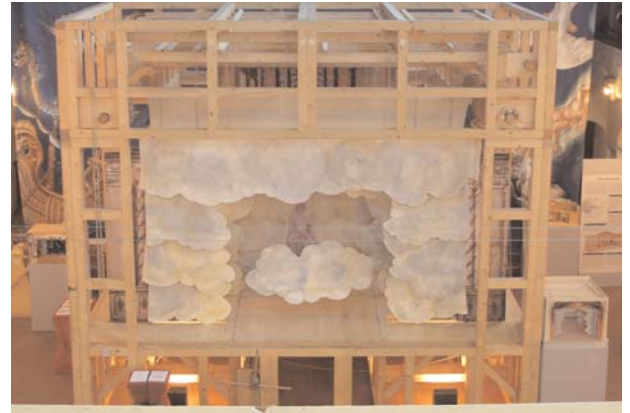
Berliner Stimme: Herr Wichmann, seit mehr als 50 Jahren haben Sie mit dem Theater zu tun. Angefangen als Bühnentechniker, dann als Technischer Direktor in den verschiedensten Theater- und Opernhäusern, u.a. beim Berliner Ensemble, der Semperoper, der Deutschen Staatsoper oder der Schaubühne. Gab es Häuser, an denen Ihnen die Arbeit besondere Freude gemacht hat?

Klaus Wichmann: Die erste und wohl wichtigste Station war für mich der Beginn meiner Tätigkeit an den Städtischen Bühnen Frankfurt/Main im Februar 1960.

Die Oper spielte (heute auch noch eingebettet in der Theaterdoppelanlage) im alten Schauspielhaus. Die zweitgrößte Drehbühne der Welt hat einen Durchmesser von 37,40 Metern. In ihr befindet sich eine 16,00 Meter Drehscheibe, die im Bedarfsfall über den Orchestergraben gefahren werden kann. Die gewaltigen Ausmaße waren beeindruckend. Nach Jahren der Assistenz in Bayreuth und Recklinghausen bei den Ruhrfestspielen begann ich in Berlin am Renaissance-Theater als technischer Leiter. Die prägendsten Jahre waren dann die Schaubühne am Halleschen Ufer mit der techn. Einrichtung von „Peer Gynt“ und den „Sommergästen“ in der Inszenierung von Peter Stein und im szenischen Raum von Karl Ernst Herrmann. Weiterer Höhepunkte waren die Produktionen im CC-Filmstudio Spandau „Shakespeare Memory“ und „Wie es Euch gefällt“.

Eine weitere ganz wichtige Station war nach der friedlichen Revolution in der DDR meine Arbeit an der Staatsoper Berlin. In meiner fast 15 jährigen Tätigkeit gab es vier sehr wichtige Erfahrungen und Arbeiten. Erste Erfahrung, „Der Barbier von Sevilla“ in der Inszenierung von Ruth Berghaus und im Bühnenbild von Achim Freyer, ich glaube inzwischen eine der ältesten Inszenierungen in Deutschland. Die Inszenierung in ihrer Einfachheit ist umwerfend. Die Inszenierung wurde Jahrzehnte liebevoll und kompetent von einer Spielleiterin gepflegt und wirkt dadurch so frisch wie am ersten Tag. Zweite Erfahrung war der „Wozzeck“ in der Inszenierung von Chereau im Bild von Peduzzi und unter der musikalischen Leitung von Barenboim.

Die technische Einrichtung dauerte bei



Klaus Wichmann und das Modell einer Theaterbühne.

Wiederaufnahmen drei Tage mit je drei Schichten. Die Kontraste der beiden Arbeiten könnte nicht größer sein, ihr künstlerischer Ausdruck und ihre Wirkung auf das Publikum waren umwerfend.

Dritte Erfahrung war der großartige Einsatz der Techniker der Oper als im Jahr 2002, vier Wochen nach einem Japangastspiel mit dem „Ring“ von Wagner, in der Staatsoper zweimal alle neun Hauptwerke von Wagner aufgeführt wurden, von Barenboim musikalisch geleitet. Inszeniert hatte sie Harry Kupfer und die Bühnenbilder waren von Hans Schavernoeh. Die vierte Erfahrung war mein fast 15jähriger Kampf für die Sanierung der Oper. Das war der schwerste Kampf mit großen Rückschlägen, Versprechungen und Verleumdungen von vielen Seite. Leider wurde ich altersbedingt, als die Sanierung durch die Parlamente beschlossen wurde, entlassen. Aber dies ist eine andere Geschichte.

Berliner Stimme: Das Theater hat Sie auch in ihrer Freizeit nicht losgelassen: Seit vielen Jahren engagieren Sie sich für die Gründung eines Theatermuseums. 1994 wurde dafür ein Förderverein gegründet. Lässt sich die Freude am Theater denn überhaupt in die Räumlichkeiten eines Museums pressen?

Klaus Wichmann: Um Ihre Frage kurz und bündig zu beantworten NEIN. Meine aktive Mitarbeit in dem Verein zur Gründung eines Theatermuseums in Berlin begann erst vor zwei Jahren. Ich habe mir immer wieder vorgestellt, wie kann man den jeweils einmaligen Abend einer Aufführung fest halten. Es geht in einer Eins-zu-Eins-Übersetzung nicht. Auch der Film ist dazu nur bedingt in der Lage. Das Theater, egal ob Oper, Schauspiel, Ballett, Puppentheater, Schattenspieltheater, umfasst mal mehr und mal weniger alle künstlerischen, technischen und handwerklichen Bereiche, die es gibt. Hier kann man mit

dem oft genug geschundenen Begriff von einem gesamten Kunstwerk sprechen. Alle diese Bereiche muss man im Haus des Theaters dokumentieren, erläutern, erlebbar und begehbar machen.

Berliner Stimme: Was könnte ein Theatermuseum an Ausstellungsstücken zeigen? Was für ein Konzept sollte dahinter stehen?

Klaus Wichmann: Das lässt sich am Beispiel der Staatsoper am besten erläutern. Ich möchte mit dem Verein und möglichst vielen Helfern 2013 in einer Ausstellung die Geschichte der königlichen Hofoper bis zur Deutschen Staatsoper erzählen. Kein Opernhaus der Welt spiegelt nach meiner Auffassung die politischen, künstlerischen, architektonischen und technischen Veränderungen seiner Zeit wider wie die Staatsoper. Die Ausstellung könnte exemplarisch zeigen wie ein künftiges Theatermuseum aufgebaut werden sollte. Ein weiteres Beispiel könnte die Theaterausstellung von 1927 in Magdeburg sein. An ihr beteiligten sich Theater, Künstler, Puppentheater, Theaterwerkstätten, die Theaterindustrie sowie Architekten.

Berliner Stimme: Was macht Berlin als Ort für ein Theatermuseum besonders geeignet? Würde es in der Fülle der mehr als 170 unterschiedlichen Museen in der Stadt nicht untergehen?

Klaus Wichmann: Berlin verfügte bis 1945 über ein Theatermuseum im Stadtschloss. Die umfangreiche Sammlung wurde zum Ende des Zweiten Weltkrieges zerlegt, ausgelagert und nie wieder zusammengefügt. In den Archiven der Akademie der Künste, in der Staatsbibliothek, im Landesarchiv, im Architekturmuseum der TU, bei den Theaterwissenschaftlern und nicht zuletzt im Stadtmuseum liegen umfangreiche Sammlungen, die aus Platzgründen und wegen geringer finanzieller Mittel nicht umfangreich und ihrem Wert ent-

sprechend gewürdigt werden können. Hier sei der Name eines nimmermüden Theaterwissenschaftler genannt, Dr. Friedrich Schirmer, der immer wieder kleine aber hoch qualifizierte Theaterausstellungen während seiner Zeit am Stadtmuseum organisierte und wissenschaftlich betreute.

Berliner Stimme: Im vergangenen Jahr war in der Zwingli-Kirche eine Ausstellung zur barocken Bühnentechnik zu sehen. Planen Sie weitere solche Ausstellungen, um Berlin auf den Geschmack zu bringen?

Klaus Wichmann: Unser Verein hatte das große Glück, Herrn Reus, einen Studienrat aus Bayreuth, kennen zu lernen. Herr Reus hat vor ca 16 Jahren mit seinen Schülerinnen und Schülern die Sozialgeschichte am Hofe von Bayreuth beleuchtet. Bei dieser Arbeit stießen sie unweigerlich auf Wilhelmine, die Schwester von Friedrich II. und Gattin vom Markgrafen Friedrich von Bayreuth. Wilhelmine kam aus Berlin mit den Eindrücken des neueröffneten königlichen Opernhauses und der Musik von Graun und den italienischen Sängern. Sie bewegte den Markgrafen zum Bau des Opernhauses in Bayreuth und zur Finanzierung des Opernbetriebes. Herr Reus und seine Schüler entdeckten bei der Besichtigung des Opernhauses, dass der Saal zwar in seiner ursprünglichen Form erhalten geblieben war, historische Theaterarchitektur aber fehlte. In 16jähriger Arbeit erforschten sie die Theaterarchitektur des Barock und gestalteten aus den Erkenntnissen eine beispielhafte Ausstellung. Auch diese Ausstellung zeigt wie Theater Einfluss auf die Gesellschaft hat und welchen politischen und sozialen Einflüssen das Theater unterliegt. Nach der Ausstellung, die wir komplett privat finanziert haben, stieg unsere Akzeptanz in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir haben viele Überlegungen zu verschiedenen Projekten.

Berliner Stimme: Ist die Unterstützung für Ihre Initiative in den vergangenen Jahren gewachsen?

Klaus Wichmann: Wir hatten Anfang Januar in der Deutschen Oper eine Podiumsdiskussion zu dem Thema. Unter der Leitung von Frau Liese diskutierten Frau Harms, Intendantin der DOB, Herr Eric Laufenberg, Intendant der Oper Köln, Herr Prof. Dr. Raue, Herr Felsenstein, Herr Dessau, Frau Kammersängerin Moser und Frau Dr. Freydank. Die Presse hat von uns durch Artikel und den Zeitungen und im Fernsehen bei den Kulturnachrichten von uns Kenntnis genommen. Ich hoffe es bleibt dabei, da wir auch unsere Aktivitäten noch verstärken wollen.

Fragen: U. Horb □

➡ „Initiative TheaterMuseum Berlin e.V.“: Geschäftsstelle, TheaterMuseumBerlin e.V., c/o Manfred Vellguth, Südenndstrasse 52, 12169 Berlin, Mail: kontakt[at]TheaterMuseumBerlin.de. Internet: www.theatermuseumberlin.de

Zusammenleben:

Aus für Modellvorhaben?

Ungewisse Zukunft für Mehrgenerationenhäuser

Mehrgenerationenhäuser sind offene Treffs für Menschen aller Generationen. Aber das bisherige Modellvorhaben für diese Einrichtungen läuft aus. „Viele Mehrgenerationenhäuser wissen nicht, wie es weiter gehen soll. Die Bundesregierung plant zwar, das Programm zu verlängern, aber es wird neu ausgeschrieben und zusammengestrichen, so dass die Zukunft für viele Mehrgenerationenhäuser in Berlin ungewiss ist“, so Martina Hartleib vom SGK-Landesvorstand.

Neun Mehrgenerationenhäuser gibt es inzwischen in Berlin. Sie werden vom Bund mit 40.000 Euro jährlich gefördert. Sie sind in den Bezirken Mitte (Moabit und Mitte), Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Reinickendorf, Pankow, Lichtenberg und Zehlendorf angesiedelt.

Die Mehrgenerationenhäuser sind mit ihren Angeboten darauf ausgerichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und haushaltsnahe Dienstleistungen zu entwickeln und umzusetzen. Sie stärken so die soziale Infrastruktur vor Ort und entlasten Familien, Alleinerziehende und pflegende Angehörige.

Am 31. Dezember 2011 endet für 8 Mehrgenerationenhäuser in Berlin die Förderphase. Nur in Reinickendorf endet die Förderphase am 31.12.2012. Konkret heißt das, ab 31. Dezember 2011 fallen für 8 Mehrgenerationenhäuser jährlich rund 40.000 Euro Bundesmittel für jedes Haus weg. Davon betroffen sind 136 festangestellte Personen in den Häusern und 270 Ehrenamtliche.

Die Bundesregierung plant, ein Folgeprogramm für den Zeitraum 2012 – 2014 aufzulegen. Es wird allerdings zu Kürzungen kommen. Statt der bisherigen 500 Häuser, sollen nur noch 450 Häuser gefördert werden. Im Sommer 2011 wird das Aktionsprogramm öffentlich ausgeschrieben, jedes Haus muss sich neu bewerben. Hinzu kommt, dass sich die Förderschwerpunkte verlagern werden, hin zu Alter und Pflege, Integration und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen und Freiwilliges Engagement.

Wer Glück hat und weiter gefördert wird, erhält aber nur noch 30.000 Euro jährlich. Für die restlichen 10.000 Euro müssen Land oder Kommune aufkommen. Letzteres kann auch mittels Sach- oder Personalleistungen geschehen, zum Beispiel durch kostenlose Miete. Neben der höheren finanziellen Belastung, sollen die Kommunen in Zukunft „ihr“ Mehrgenerationenhaus auch strukturell unterstützen und die



Martina Hartleib ist stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

Häuser bei der Vernetzung der verschiedenen Akteure im Rahmen der Daseinsvorsorge besser einbinden. Die Mehrgenerationenhäuser sollen als Angebots- und Dienstleistungsdrehscheibe die Arbeit der Kommune unterstützen.

„Man kann nur allen Bezirken raten, sich rechtzeitig vor dem Sommer 2011 mit ihrem Mehrgenerationenhaus darüber zu beraten, wie es in Zukunft weiter gehen soll und welche Förderschwerpunkte für den Bezirk wichtig sind. Auch die Vernetzungsfrage sollte geklärt werden, bevor sich die Mehrgenerationenhäuser um eine Verlängerung bewerben“, so Martina Hartleib. „Die Mehrgenerationenhäuser haben wichtige Funktionen in unseren Kiezen und sollten erhalten bleiben.“

Martina Hartleib □

Diskussion:

Nach dem Verkehrschaos: Wie geht es weiter?

„Wie geht's weiter nach dem Verkehrschaos?“ Dieser Frage stellen sich die Treptower Abgeordneten Ellen Haußdörfer und Andy Jauch (beide SPD) sowie der Bezirksverordnete Alexander Freier am 1. März im Dialog mit den Treptowern.

Als Experten für den Öffentlichen Personennahverkehr nehmen Hans-Peter Hendriks, Bezirksmanager der BVG, ein Vertreter der Berliner S-Bahn und Jens Wieseke, stellvertretender Vorsitzender des Berliner Fahrgastverbandes IGEB e. V., am Bürgergespräch teil.

➡ 1. März, 19.30 Uhr „Wie geht's weiter nach dem Verkehrschaos? - ÖPNV in Treptow und die Probleme bei der S-Bahn“, Figurentheater „Grashüpfer“, Puschkinallee 16 A, 12435 Berlin-Treptow, im Treptower Park.

Bildungsarbeit:

Unter Generalverdacht?

Mechthild Rawert fordert Abschaffung der „Extremismusklausel“

Engagierte Demokratinnen und Demokraten dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Deswegen habe ich den Protest der Träger für Demokratiewerk am bundesweiten Aktionstag für Demokratie und gegen Bekenntniszwang am 1. Februar unterstützt und werde dieses auch weiterhin tun - vor Ort und als Mitglied der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechts-Extremismus“ in der SPD-Bundestagsfraktion.

Hintergrund ist die „Extremismusklausel“, die Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) eingeführt hat. Von allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ wird eine Erklärung abverlangt. Sie sollen „auf eigene Verantwortung dafür Sorge tragen“, dass sie selbst und alle Personen und PartnerInnen, mit denen sie zusammenarbeiten, auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Die Erklärung ist bindende Voraussetzung für die finanzielle Förderung. Diejenigen, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextre-



Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert.

mismus engagieren, stehen nun selber unter Generalverdacht und werden in eine extremistische Ecke gestellt.

Dabei leisten diese Vereine und Initiativen durch ihre Bildungs- und Präventionsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte. Sie beweisen durch ihre jahrelange Praxis, dass sie für unsere Verfassung eintreten, dass sie die demokratische Kultur stärken und die Demokratie vor ihren Feinden schützen wollen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist dabei, gewachsene zi-

vilgesellschaftliche Strukturen im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu zerschlagen. Denn ohne die Förderung des Bundes sind die meisten dieser Projekte nicht durchführbar.

INITIATIVEN FÖRDERN, NICHT
VERDÄCHTIGEN!

Um die geplante Bestätigungserklärung als Zuwendungsvoraussetzung aus den Richtlinien des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ zu streichen und die engagierten DemokratInnen zu unterstützen, hat die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Bestärkt werden wir durch das Gutachten von Prof. Dr. Ulrich Battis von der Humboldt-Universität. Er zeigt auf, dass die geforderte „Extremismusklausel“ nicht verfassungsgemäß ist. Das Land Berlin hat bereits das richtige Signal gesetzt und Widerspruch gegen die Kopplung der „Demotatierklärung“ an die Förderung der Träger eingelegt.

Mechthild Rawert □

POST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

DER „VERGESSENEN OPFER“
DER NAZIS GEDENKEN

Betr.: Beitrag von Wolfgang Thierse in der BS 2-2011, S. 5

Der Artikel hebt sich wohlthuend von den gedenkroutinierten Äusserungen ab. Mein Dank gilt, weil Sie differenziert und umfassend das Thema beleuchten. Sie schreiben nicht undifferenziert vom Holocaust-Gedenktag.

Der Begriff „holocaust“ wird für den Völkermord an den europäischen Juden verwendet. Holocaust, wörtlich Brandopfer, da denke ich, ist Shoa der treffendere Begriff. Es ist ein gedenkpolitischer Begriff. Ein Genozid/Völkermord war es.

Die offizielle bundesrepublikanische Gedenk- und Erinnerungspolitik hat das „Holocaust-Gedenken“ zur Staatsräson erhoben. Da hört das Gedenken auf, wo es beginnen müsste. Es umfasst noch lange nicht alle NS-Opfer. Es waren viel, viel mehr. Es ist in der Gefahr zur reinen Gedenkroutine zu verkommen. Davon hebt sich Ihr Artikel ab.

Die Bundesregierung wehrt mit viel diplomatischem Geschick berechnete Forderungen von NS-Opfern ab und reagiert erst

nach langem Drängen von gesellschaftlichen Lobbygruppen. Nicht aus „Staatsräson“, sondern auf politischen Druck. Die „vergesenen Opfergruppen“ haben keine Lobby, sie können den Druck nicht aufbauen.

Entschädigungs-, Erinnerungs- und Gedenkabwehr scheint die „Doktrin“ zu bestimmen. Beispiele für die „Abwehr“ sind: Eine erste große Gruppe der NS-Opfer, die ab 1938 in die KZ's verbracht wurden, waren (nach den Politischen) die „Asozialen“. Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit für eine Befassung mit dieser Opfergruppe, wie sie in der Beantwortung einer kleinen Anfrage (BT-Drs. 16/94059) wissen lässt.

Es geht um die sowjetischen Kriegsgefangenen, die italienischen Militärinterne, um die Forderungen Überlebender von Massakern an der Zivilbevölkerung durch Wehrmachts- und SS-Verbände („Verbrechen an der Menschlichkeit“) wie im griechische Distomo oder italienischen St. Anna. Sie werden mit „Entschädigungsabwehr“ wie die Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag auf „Staatenimmunität“ der Bundesregierung vom 23.12.08 jetzt, beantwortet. (Die NS-Opfer

und deren Nachkommen haben vor Straf- und Zivilgerichte in Italien und Griechenland rechtskräftige Urteile gegen die Bundesrepublik Deutschland erworben.)

Es geht um die britischen und Commonwealth NS-Opfer, die in Fabriken im „Underground Auschwitz“ Zwangsarbeit leisten mussten, um die Schicksale Jugendlicher, die von den Nazis als „nicht wertig“ aussortiert, verfolgt, eingesperrt, misshandelt, zur Zwangsarbeit gezwungen und teilweise ermordet wurden und als „unnützig“ oder „asozial“ stigmatisiert wurden.

Als ein langjähriger aktiver Akteur im geschichts- und erinnerungspolitischen Prozess möchte ich auf die „relativierenden Tendenzen“ im Umgang mit dem Begriff „Holocaust Gedenken“ hinweisen und um Achtsamkeit im Benutzen des Begriffes bitten.

Es ist der 16. Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bzw. der 6. Internationale Holocaustgedenktag, der an alle NS-Opfer - Juden, Sinti und Roma, Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, Massaker-Opfer und und - erinnert.

Lothar Eberhardt, entschädigungspolitischer Basisarbeiter □

Bildung:

Vorhandene Potenziale besser nutzen

Swen Schulz zum Fachkräftemangel: Zuwanderung ist als Antwort zu einfach

Wenn wir über Fachkräfte und über Zuwanderung reden, dann müssen wir mindestens genauso intensiv darüber sprechen, wie wir die Menschen, die bereits hier leben, besser fördern und ihre Potenziale besser nutzen können. Es geht um eine Balance zwischen Zuwanderung und Investition in Bildung.

So hat die SPD unter der Regierung Schröder zum Beispiel das Zuwanderungsgesetz gemacht und gleichzeitig Ganztagschulen gefördert. In der Großen Koalition hat unser damaliger Arbeitsminister, Olaf Scholz, den Zuzug von Fachkräften erleichtert und gleichzeitig die Qualifizierung von Jugendlichen und Arbeitsuchenden verbessert. Dieses Prinzip der Ausgewogenheit von Zuwanderung und Bildung gilt in der jetzigen Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP leider nicht mehr.

Ganz im Gegenteil: Zwar hören wir aus der Koalition immer wieder, wir bräuchten beides, Zuwanderung und Bildung. Doch das, was diese Koalition praktiziert, ist ein entschiedenes Weder-Noch. Sie streiten über die Zuwanderung, bekommen aber nichts auf die Reihe, und sie kümmern sich nicht um das Potenzial der Menschen, die hier leben.

Das wird an einigen Beispielen sehr deutlich. Wer den Fachkräftemangel beklagt, der muss sich intensiv um die Bildung, die Ausbildung und die Qualifizierung der Jugendlichen in Deutschland kümmern. Jährlich verlassen etwa 65 000 Jugendliche die Schulen ohne Abschluss. 1,5 Millionen Jugendliche sind ohne Berufsausbildung. In diesem Bereich muss viel mehr investiert werden. Der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz hat das Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses verankert. Wir wollen Menschen eine zweite Chance geben. Wir wollen ein entsprechendes Förderprogramm. Unser Ziel ist: Keiner darf ohne Abschluss bleiben; keiner darf ohne Ausbildung bleiben.

Doch die Koalition streicht die Mittel für die Förderung im Arbeitsbereich zusammen. Bis 2014 sollen dort sage und schreibe 16 Milliarden Euro eingespart werden. Die Förderung soll dem Belieben der Agentur überlassen werden. Demnach soll nur noch nach Kassenlage finanziert werden. Es passt nicht zusammen, dass CDU/CSU und FDP die Mittel für Qualifizierung in Deutschland zusammenstreichen, aber den Fachkräftemangel beklagen.

Schauen wir uns die Schulen an. Wir als SPD haben ein Ganztagschulprogramm auf den Weg gebracht. Die Koalition lehnt neue Vorschläge rundweg ab. Ein aktuelles



Swen Schulz ist stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion.

Beispiel ist die Diskussion über Bildungsteilnahme. Wir wollen erreichen, dass an allen Schulen Sozialarbeiter eingesetzt werden. Das wäre ein erster Schritt zu einer besseren Unterstützung und Förderung von Schülerinnen und Schülern. Was macht die zuständige Ministerin von der Leyen? Sie zögert, sie ziert sich, sie taktiert und sucht Ausflüchte.

Wer über den Fachkräftemangel redet, der muss sich auch einmal die vorschulische Bildung und Betreuung anschauen. Sie ist für Eltern, vor allem für Alleinerziehende, von großer Bedeutung, damit sie überhaupt arbeiten können. Natürlich werden im vorschulischen Bereich Grundlagen für die Bildung und damit für die Fachkräfte von morgen gelegt. Als SPD haben wir eine engagierte Politik für eine bessere und eine weiter gefasste vorschulische Bildung und Betreuung gemacht.

Seitdem die SPD aus der Regierungsverantwortung raus ist, passiert auf diesem Gebiet überhaupt nichts mehr. Nur ein Punkt ist vor allem der CDU/CSU wichtig: das Betreuungsgeld. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: In einer Zeit, in der wir über Bildungsprobleme und Fachkräftemangel reden, wollen die den Eltern Geld dafür geben, dass sie ihre Kinder nicht in eine Bildungseinrichtung schicken. So verlockend das für viele ist: Das ist der falsche Weg!

Dann ist da noch das Thema Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. In Deutschland leben bereits Zugewanderte, die qualifiziert sind, deren Qualifikation aber nicht anerkannt wird. Es gibt in Deutschland 300.000 bis 500.000 Fachkräfte, die nicht adäquat eingesetzt werden. Arbeitsminister Olaf Scholz hatte bereits einen Vorschlag für ein Anerkennungsgesetz vorgelegt. Damals wollte die CDU/CSU davon überhaupt nichts wissen. Jetzt steht es sogar in der Koalitionsvereinbarung. Wunderbar!

Es stellt sich die Frage: Was ist tatsächlich passiert? Am 9. Dezember 2009 hat Staatsministerin Böhmer gesagt: Das Bundeskabinett hat grünes Licht für eine gesetzliche Regelung gegeben. In einem Zeitungsinterview sagte sie: „Das Problem brennt uns wirklich auf den Nägeln. Daher wollen und müssen wir 2010 zu Ergebnissen im Gesetzgebungsverfahren kommen.“ Dann ist erst einmal gar nichts passiert, sodass ich bei der Bundesregierung nachgefragt habe. Auf meine Frage hat Staatssekretär Rachel am 7. Juli 2010 geantwortet: „Nach derzeitigem Planungsstand soll ein Referentenentwurf im auslaufenden Sommer 2010 vorgelegt werden.“ Am 7. Oktober 2010 - man könnte sagen: das ist auslaufender Sommer - hat Staatsministerin Böhmer im Deutschen Bundestag gesagt: „Wir brauchen dieses Gesetz schnell. Es soll bis Dezember vorliegen.“ Am 19. Januar 2011 haben wir im Deutschen Bundestag Innenminister de Maizière gefragt: Wann kommt der Gesetzentwurf? Er wusste es nicht. Er konnte uns keine Antwort geben. Nun hat Bundesministerin Schavan dem Bildungsausschuss mitgeteilt, dass im März das Kabinett beschließen werde. Hoffentlich meinte sie den März in diesem Jahr.

Insbesondere die FDP will vereinfachte Zuwanderung als Reaktion auf den beklagten Fachkräftemangel. Doch tatsächlich scheint es vor allem darum zu gehen, billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu organisieren. Die FDP macht es sich so zu einfach. Die Koalition sollte zunächst ihre Energie darauf verwenden, die in Deutschland lebenden Menschen zu stärken und ihnen die Möglichkeit geben, sich einzubringen - in ihrem und im Interesse des Landes. Dazu gehört die Anerkennung von Qualifikationen sowie die attraktivere Bedingungen für Ausländer, die in Deutschland erfolgreich studiert haben - immerhin kehren drei Viertel der ausländischen Studierenden Deutschland den Rücken. Und vor allem ein besseres Bildungswesen mit optimaler Förderung aller, von der Krippe bis zur Weiterbildung. Man kann antworten, das sei eine wohlfeile Vision. Aber diese Vision ist mit konkreter Politik unterlegt. Die SPD hat in Regierungsverantwortung erfolgreiche Schritte in diese Richtung unternommen, vom Ausbau der frühkindlichen Bildung über das Ganztagschulprogramm, das Recht auf Bildungsförderung, den Ausbildungsbonus, die Verbesserung des BAföG, bis zum Hochschulpakt. Und die SPD hat weitere Vorschläge gemacht um genau an diesen Stellen weiter voranzu-

„Ein Beispiel an Tapferkeit“

Siegfried Heimann: Zur Erinnerung an Gustav Klingelhöfer (1888-1961)

Vor 50 Jahren starb im Januar 1961 Gustav Klingelhöfer. Der am 16. Oktober 1888 in Metz geborene, gelernte Volkswirt war nach der Befreiung im Mai 1945 sofort in der wiedergegründeten Berliner SPD aktiv. Er leitete das Politische Büro des Zentralaussschusses der SPD in Berlin. Er blieb der SPD treu und lehnte 1946 eine „Zwangsvereinigung“ mit der KPD ab. Von 1946 bis 1951 war er Stadtrat für Wirtschaft im Berliner Magistrat und zeitgleich nach den ersten und (bis 1990) letzten freien Wahlen in ganz Berlin von 1946 bis 1950 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Von 1953 bis 1957 war er als Berliner Vertreter Mitglied des Deutschen Bundestags. Er starb am 16. Januar 1961 in Berlin.

In einem sehr persönlich gehaltenen Brief schrieb am gleichen Tage Willy Brandt an Käthe Klingelhöfer: „... Gustav Klingelhöfer hat sich in der schwersten Zeit



Gustav Klingelhöfer - Ausschnitt aus der Berliner Stimme vom Januar 1961.

Foto: BS

nach dem Ende des Krieges große Verdienste um Berlin erworben. Als Stadtrat hat er einen maßgeblichen Anteil daran gehabt, daß das Wirtschaftsleben wieder in Gang kam.

Seinem Weitblick ist es zu mit zu verdanken, daß wir im freien Teil Berlins heute die Währung der Bundesrepublik haben. Er hat nach der Blockade als Mitstreiter Reuters geholfen, den noch heute wichtigen Grundpfeiler unserer Politik, die wirtschaftliche Bindung Berlins an Westdeutschland, zu errichten. Er hat Berlin im Bundestag vertreten und hat sich und der Stadt durch sein vielfältiges Wirken Achtung und Freundschaft erworben.

Er hat uns bis in seine letzten Tage hinein ein unvergeßliches Beispiel an Tapferkeit und innerer Haltung gegeben, die leider heute so selten geworden sind. Ich selbst trauere um einen lieben Freund, dessen Urteil unbestechlich war und dessen Blick weit über die Grenzen des Tagesgeschehens hinausreichte. ...Willy Brandt.“

Dem ist nichts hinzuzufügen, wenn wir heute an den vor 50 Jahren verstorbenen großen Berliner Sozialdemokraten erinnern. **Siegfried Heimann** □

Ermittlungen vor historischer Kulisse

Schauplatz Berlin: Drei Kriminalromane erzählen vom Vorabend der Nazi-Herrschaft

Stiefelritte und Fackeln von Tausenden in braunen Uniformen. Das ist die Choreografie des Grauens. Sie zeigt die Zeitenwende an diesem 30. Januar 1933. Gegen Mittag hat sich eine seit Tagen anhaltende lähmende politische Spannung gelöst. Reichspräsident Paul von Hindenburg hat Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Das ist der politische Plot des Tages. Gleich drei leistungswerte Kriminalromane sind jüngst erschienen, die jene Zeit vom Vorabend des Dritten Reichs reflektieren.

Eine Frauenleiche am Spandauer Havelufer führt den ermittelnden Kriminalkommissar Willi Kraus rasch auf politisches Parkett. Der Fundort liegt nur ein paar Schritte von einer von der SS bevorzugten Kneipe entfernt. Ein prominenter Magier, der junge Frauen hypnotisiert, gerät in die Ermittlungen, zumal er hochrangige Freunde in der Nazi-Szene hat. Für den Kommissar beginnt ein Kampf an zwei Fronten: gegen eine Täterszene mit SS-Ärzten und gegen eine rasch zunehmende Eroberung von hohen Polizeifunktionen in Berlin durch Nazis. Der Krimi von Paul Grossman „Schlafwandler“ beschreibt anschaulich das sich verändernde politische Klima um den Jahreswechsel 1932/33 und führt bis zum Reichstagsbrand.

Mit einer Frauenleiche beginnt auch der Roman „Goldmacher“ von Jan Eik. Es ist der Fall des Kommissars Hermann Kap-



Goldmacher, Jan Eik, Jaron Verlag, Berlin, 2010, 208 Seiten, 7,95 Euro

Schlafwandler, Paul Grossman, Aufbau Verlag, Berlin, 2010, 368 Seiten, 9,95 Euro

Spittelmarkt, Bernward Schneider, Gmeiner Verlag, Meßkirch, 372 Seiten, 11,90 Euro

pe und ist zeitlich im zweiten Halbjahr 1932 angesiedelt. Ins Visier der Ermittlungen kommen ein SA-Schläger, der Zimmer Nachbar der Ermordeten, ein auf kleine Abenteuer erpichter Geschäftsmann und der Arbeitgeber der Ermordeten. Letzterer ist Jude kommt bei Kappes Vorgesetzten mit NS-Affinität gerade recht, und die rechte Boulevard-Presse sorgt für eine entsprechende Verurteilung.

Im Roman „Spittelmarkt“ von Bernward

Schneider soll der Berliner Anwalt Eugen Goltz die Scheidung des Bankiers Arnheim in New York zu regeln. Was als Routine beginnt, wächst sich rasch zu einem Komplott aus. Im Mittelpunkt steht eine okkulte Geheimgesellschaft, wie es sie in der Weimarer Republik nicht selten gegeben hat. Unversehens sieht sich Goltz an Bord der „Bremen“ einem ersten Mordopfer gegenüber. Zurück in Berlin gerät er immer mehr in den Strudel dieser Geheimgesellschaft, die sich als künftige Eliterasse versteht. Dass dieser Rassenwahn mit den Nazis verknüpft ist, erkennt Goltz bald. Auch hier endet der Roman in der Nacht des Reichstagsbrandes.

Alle drei Kriminalromane spiegeln eine beklemmende Atmosphäre jener Monate wider. Dennoch sind sie sehr unterschiedlich. Jan Eik hat in „Goldmacher“ mehr die polizeiliche Routine spannend verpackt und mit präziser Ortskenntnis erzählt. In Grossmans „Schlafwandler“ spürt man das hektische, auch genussüchtige Berlin, das sich anschießt, Hitler und die Nazis hinzunehmen; allerdings haben sich bei Grossman einige örtliche Fehler und politische Unwahrscheinlichkeiten eingeschlichen. Bei Schneiders „Spittelmarkt“ kontrastieren dramaturgisch gut erzählt, die Verharmlosung der Nazis bei Goltz mit dem Rassenwahn der Geheimgesellschaft, ein Wahn, der in Köpfen vieler Menschen schon vor 1933 steckte. **Gunter Lange** □

Kulturgeschichte:

Paul Singer und die Freiheit der Kunst

Karin Sarantis-Aridas über die Auseinandersetzung um die Berliner Secession

Im Zusammenhang mit Recherchen zu einem griechischen Maler, der Anfang des 20. Jahrhunderts zeitweilig in Berlin war, stieß ich auf ein interessantes Zitat von Paul Singer. Es steht im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen der von Kaiser Wilhelm II. geförderten offiziellen, akademischen Kunst und der vor allem von der 1898 gegründeten Künstlervereinigung „Berliner Secession“ - seit 1899 war Max Liebermann ihr Präsident - vertretenen Moderne. Wilhelm II. spricht der Kunst nur eine „Existenzberechtigung im Gefolge des preussisch-brandenburgischen Herrscherhauses“ zu und formuliert seinen Herrschaftsanspruch auch über die Kunst in seiner Rede zur Einweihung der Siegesallee 1901 z.B. mit den Worten: „eine Kunst, die sich über die von mir bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr“.

Immer wieder kam es auch in der Presse zu heftigem Schlagabtausch gegen die Secession und nicht selten waren nationalistische und antisemitische Töne unverkennbar. Die Konflikte fanden einen Höhepunkt, als für die Weltausstellung in St. Louis (Missouri, „Louisiana Purchase Exhibition“ eine repräsentative Auswahl von Werken deutscher Gegenwartskunst zusammengestellt werden sollten. Zunächst wurde ein spezieller Reichskommissar für die Koordination der einzelnen deutschen Beiträge berufen, der anstelle der bis dahin mit der Auswahl beauftragten konservativen „Kunstgenossenschaft“ ein sogenanntes „Kunstparlament“ mit 39 Mitgliedern aus allen deutschen Bundesstaaten mit der Organisation der Ausstellung beauftragte, die auch die neueren Kunstströmungen berücksichtigen sollte. Aber Wilhelm II. legte vor allem aufgrund der Intervention und des Einflusses seines Hofmalers Anton von Werner die Organisation der Ausstellung in St. Louis wieder in die Hände der Kunstgenossenschaft zurück. Auf seine Weisung hin wurde eine Zentraljury berufen, deren Mitglieder ausschließlich der konservativen Kunst huldigten und die selbstherrliche Kunstpolitik des Kaisers unterstützten.

Aber damit war er zu weit gegangen, der Konflikt weitete sich zu einer politischen Grundsatzdiskussion aus. Wilhelm II. hatte sich nicht nur über Beamte oder einen einzelnen Künstler hinweggesetzt, sondern über „ganze, gut organisierte Künstlervereinigungen und ebenso über Beschlüsse der Reichsregierung und der einzelnen Bundesstaaten. Die Kunstausstellung in St.



100. Todestag am 31. Januar: Kranzniederlegung am Grab von Paul Singer.

Louis wird zu einem Politikum ersten Ranges.“

Da für die Ausstellungsbeteiligung Deutschlands Haushaltsmittel bewilligt werden mussten, gab es dazu am 15. und 16. Februar 1904 eine Debatte im Reichstag. In dieser ergriff auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion Paul Singer das Wort. Er bewies in seinem Redebeitrag nicht nur eine profunde Kenntnis der Kunstentwicklung dieser Jahre, sondern die nicht nur ästhetisch, sondern vor allem politisch motivierten Auseinandersetzungen um die Kunst- und Kulturpolitik waren in der Sozialdemokratischen Partei Anlass zu grundsätzlicher Gesellschaftskritik.

Zunächst erörterte er die Rolle Anton von Werners und legte dar, dass die Ablehnung der Berliner Secession durch den Hof in der Hauptsache deshalb erfolgte, „weil es ihr eben darum zu tun ist, die Wahrheit im Bilde zu zeigen, auch die Not und das Elend bildlich darzustellen“ und dann verwahrte er sich deutlich dagegen, „dass allen Ernstes die Meinung vertreten wird, die Kunst könne durch persönliches Regiment reguliert werden“.

Auch die anderen Fraktionen stimmten grundsätzlich „in diesem Punkte mehr oder weniger mit Singers Kritik überein, „dass allseitig der dringende Wunsch vorhanden ist, der Einfluss des persönlichen Regiments möge eingedämmt und ausgeräumt werden.“

Paul Singer brachte es im Namen seiner Fraktion offener als alle anderen Redner auf den Punkt: „Meine Herren, die Secession ist durch ein Urteil gekennzeichnet, welchem, weil es aus Kaiserlichem Munde stammt, wohl ein ästhetischer Charakter beigelegt ist; die Secession wird als ‚Rinnsteinkunst‘ betrachtet. Nun, meine Herren,



Grabstätte von Paul Singer auf dem Friedhof der Sozialisten.
Foto: Holger Hübner

wenn Hofkünstler berufen werden, die Auswahl zu treffen unter den Gemälden, welche für die Ausstellung in St. Louis angemeldet waren, so ist es bei unseren Zuständen sehr begreiflich, dass die Wahl nur auf solche Kunstwerke gelenkt wird, welche der Richtung der maßgebenden Persönlichkeit entsprechen. Aber gerade dieses System ist grundfalsch. Man kann die Kunst weder reglementieren, noch kann man die Künstler einexerzieren (sehr richtig! Links).“

In Bezug auf die einseitige Mittelbewilligung geißelte er an anderer Stelle seiner Rede den „unberechtigten Einfluss des persönlichen Regiments“. In diesem Sinne beschloss der SPD- Abgeordnete Albert Südekum als zweiter Redner die Debatte mit den Worten: „Und dabei kommt es diesen selbstherrlichen Gelüsten absolut nicht darauf an, die einzelstaatlichen Regierungen und Höfe genauso vor den Kopf zu stoßen, wie einzelne Richtungen in der Kunst...Und wir danken gefälligst für eine Kunstrepublik mit Wilhelm II. an der Spitze.“

Im Mittelpunkt dieser Reichstagsdebatte stand im Grunde nicht die bildende Kunst, sondern die eigenmächtige, über die Verfassung hinausgehende Kunstpolitik des Kaisers. Sie führte in der Folge zu einer fühlbaren Beschränkung des Einflussbereichs Wilhelms II. auf diesem Gebiet. In der Erkenntnis, dass Kulturpolitik gleichzeitig immer einen politischen Charakter hat und nicht künstlich von der aktuellen Politik getrennt werden kann war diese Debatte Ausdruck der immer stärker werdenden Forderung nach einer Liberalisierung des politischen Systems. Die SPD spielte dabei eine herausragende Rolle.

Karin Sarantis-Aridas □

Trauer um Christel von Drenkmann

Die SPD Neu-Westend trauert um Christel von Drenkmann, die am 27. Januar 2011 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Christel von Drenkmann war seit 1945 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und hat stets solidarisch zu unserer Partei gestanden.

Bis zuletzt hatte sie Kontakt zu ihren Genossinnen und Genossen und es ist uns eine Ehre, dass dieser bleibende Kontakt auch dazu beigetragen hat, dass ein lange gehegter Wunsch von Christel von Drenkmann durch das Engagement vieler Genossinnen und Genossen in Erfüllung gegangen ist: die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den feigen terroristischen Mord an Christels geliebten Ehemann Günter von Drenkmann an seinem Wohnhaus und Ort des Verbrechens. Am 10. November 1974 war der Präsident des Kammergerichts Berlin dort erschossen worden. **Robert Drewnicki, SPD Neu-Westend** □

Rohstoff Wissen

Podiumsdiskussion in Adlershof am 23. Februar

Wie stellen sich die Berliner Parteien die wirtschaftliche Zukunft der deutschen Hauptstadt vor? Darüber diskutieren Unternehmer und Politiker auf einer Veranstaltung der Reihe „Rohstoff Wissen als wirtschaftlicher Erfolgsfaktor“ in Adlershof.

Berlin verfügt über eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die ihresgleichen sucht. In deren unmittelbarer Umgebung entstehen die Konturen neuer Industrien, die sich von ihren „klassischen“ Vorgängern stark unterscheiden. An einem Ort wie Adlershof, Deutschlands größtem Wissenschafts- und Technologiepark, erreichen die Unternehmen überdurchschnittliches Wachstum. Adlershof ist ein gutes Beispiel dafür, wie neue Industrien entstehen können.

Berlin hat seit der Wiedervereinigung rund 60 Prozent seiner Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft verloren. Industrie spielte in der politischen Diskussion nur eine eher untergeordnete Rolle. Seit ei-

niger Zeit hat sich das geändert, denn auch eine Dienstleistungsmetropole bedarf eines industriellen Fundaments. Industriepolitik wird auch im bevorstehenden Wahlkampf eine herausragende Rolle spielen.

Auf dem Podium diskutieren Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Professor Dr. Erhard Kemnitz, Institut für Chemie der Humboldt-Universität zu Berlin und Geschäftsführer der Nanoflour GmbH, Adlershof, Dr. Thomas Laurent, Geschäftsführer der eagleyard Photonics GmbH, Adlershof, Michael Müller, Landesvorsitzender der SPD Berlin und Hardy Rudolf Schmitz, Geschäftsführer der WISTA-MANAGEMENT GMBH **PM** □

➡ Mittwoch, 23. Februar 2011, 18.00 Uhr (s.t.) - 21.00 Uhr, im Forum Adlershof, Rudower Chaussee 24, 12489 Berlin („Hans-Grade-Saal“). Anmeldungen: per Mail (salmon@wista.de), per Fax (030/6392-2236) oder per Telefon (030/6392-2247) bis zum 21. Februar

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- 22.02.2011, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Kommunalpolitisches Wahlprogramm**, Wannseehof, Kronprinzessinnenweg 251/252, 14109 Berlin
- 22.02.2011, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde-Ost + Süd, **Bezahlbare Mieten in Berlin**, Podiumsdiskussion mit Dr. Michael Arndt, MdA, wohnungsbaupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Reiner Wild, Berliner Mieterverein und ein Vertreter der GSW, AWO - Haus der sozialen Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin.
- 22.02.2011, 19:30, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Friedenau, **Baustelle Gesundheitspolitik**, Was wurde erreicht? Wo stehen wir heute? Was plant Schwarz-Gelb? Was will die SPD für die Zukunft? Vortrag und Diskussion von und mit Mechthild Rawert, MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, Seniorenfreizeitstätte, Stierstraße 20 a, 12159 Berlin
- 22.02.2011, Frank Zimmermann/FA Europa, **Aktuelle Europapolitik**, mit Michael Roth, MdB, Europapolitischer Sprecher, Diskussion Entwurf Fortschrittsprogramm und Berlinprogramm, Abgeordnetenhaus, R. 320, 19 Uhr
- 23.02.2011, 18:00 - 19:30, **Erwachsenenbildung/Volkshochschule/Zweiter Bildungsweg**, AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 23.02.2011, 20:00, **Kommunalpolitik im Bezirk und Wahlprogramm**, mit den Bezirksverordneten Renate Krohm und Volker Semler, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin
- 23.02.2011, 14:00, SPD Treptow-Köpenick, **Seniorenpolitik – Was wird getan? Was ist notwendig?** Mit Helga Walter von der AG 6oplus, AWO-Haus Friedrichshagen, Müggelseedamm 244, 12587 Berlin
- 24.02.2011, 18:00, **Berlin miteinander - Programmdialog 3**, SPD Berlin, mitgliederöffentlich für Mitglieder aus Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg, Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin (ÖPNV: U 4 Bhf. Rathaus Schöneberg, Bus 104, M 46
- 24.02.2011, 18:00, Peter Treichel, MdB / Fachausschuss Internationales, **Das neue Russland – Gesichter einer (Welt-) Macht**, mit Dr. Andrea Despot, stellv. Leiterin der Europäischen Akademie Berlin, Mathias Martin, koordinierender Referent der AG Außen der SPD-Bundestagsfraktion, Abgeordnetenhaus, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 24.02.2011, 19:30, AsF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Die Einführung der Sekundarschule: Eine gelungene Realisierung der Oberschulreform in Charlottenburg-Wilmersdorf?** Diskussionsabend mit Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport, Bürgerbüro, Goethe-

straße 15, 10625 Berlin

- 25.02.2011, 14:00 - 18:00, **Jahresempfang der AG 6o plus**, Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Urbanstr. 21, 10961 Berlin (siehe auch Seite 7)
- 25.02.2011, 20.00 Uhr, **berlinweiter Stammtisch der Berliner Schwusos**, Lola's, Auguststraße 2, U Friedrichstraße/Oranienburger Tor
- 28.02.2011, 19:00, SPD Treptow-Köpenick - Abt. Johannisthal/Niederschöneweide, **Gesundheit für alle: Die Bürgerversicherung**, mit Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus, und Karlheinz Nolte, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Nachbarschaftshaus „Villa offensiv“, großer Saal, Hasselwerderstraße 38, 12439 Berlin
- 28.02.2011, 16:30 - 18:00, **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel** - Charlottenburg-Wilmersdorf, Wahlkreisbüro Petra Merkel, Goethestraße 15, 10625 Berlin. Bitte telefonisch anelden unter 313 88 82 oder per E-Mail an [petra.merkel\[at\]wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel[at]wk.bundestag.de)
- 28.02.2011, 18:00 - 21:00, **ASF, 100 Jahre Frauentag 1911-2011 - Ohne Gleichstellung kein Fortschritt!** Mit Elke Ferner, MdB, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes a.D., Sigmar Gabriel, MdB, Vorsitzender der SPD, Barbara Streidl, Journalistin, Mitbegründerin des feministischen Blogs „Mädchenmannschaft“, Sineb El Masrar, Autorin des Buches „Muslim Girls“, Chefredakteurin und Herausgeberin der Zeitschrift „Gazelle. Das multikulturelle Frauenmagazin“, Willy-Brandt-Haus, Niederkirchnerstraße, 10963 Berlin. Bitte anmelden bis zum 23. Februar unter: <https://anmeldung.spd.de/v/10173>
- 28.02.2011, 17:00 - 19:00, **Petra Merkel eröffnet Ausstellung „Querbeet“ im Wahlkreisbüro** Goethestraße 15, 10625 Berlin (siehe S. 7)
- 01.03.2011, 16:30 - 18:30, **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Dr. Eva Högl** - Mitte, Wahlkreisbüro Dr. Eva Högl, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden unter: [eva.hoegl\[at\]wk.bundestag.de](mailto:eva.hoegl[at]wk.bundestag.de)
- 02.03.2011, 17:00 - 21:00, SPD Spandau, **Seniorenfachtagung der SPD in Spandau**, Josua-Gemeinde, Bismarckstraße 20, 13585 Berlin. Die besonderen Sorgen und Interessen im Alter sind Thema der Seniorenfachtagung der Spandauer SPD. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen außerdem die Gelegenheit erhalten, den Sozialdemokraten ihre Probleme darzustellen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. So wird neben einer Auswertung der Spandauer Seniorenwochen und einem Vortrag des Mitglieds des Abgeordnetenhauses, Thomas Isenberg über Gesundheit im Alter und der Seniorenvertreterin Heidemarie Fischer auch Spandaus Bürgermeisterkandi-

dat Helmut Kleebank Visionen zum Generationenzusammenhalt vorstellen.

- 02.03.2011, 18:00 - 20:00, Landesgruppe der Berliner Bundestagsabgeordneten, **Fraktion vor Ort: Die Bürgerversicherung**, Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum, Gründersaal, Haus 1, Rubensstraße 125, 12157 Berlin
- 08.03.2011, 19:30, **Thierse trifft ... Professor Stephan Braunfels**, Architekt besonderer Bauprojekte und Opernliebhaber, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder, Sredzkistraße, 10435 Berlin
- 08.03.2011, 17:00 - 17:30, AsF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Internationaler Frauentag: Klaus Wowereit und AsF verteilen Rosen**, Wilmersdorfer Straße Ecke, Pestalozzistraße, 10627 Berlin
- 08.03.2011, 18:00 SPD Treptow-Köpenick, Buchvorstellung: **Spreepelren – Berlin: Stadt der Frauen**, mit Dr. Gabriele Kämper, Leiterin der Geschäftsstelle Gleichstellung/Gender Mainstreaming bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und einem Grußwort von Gabriele Schöttler, Bezirksbürgermeisterin, SPD Kreisbüro Treptow-Köpenick - Gartenhaus, Grünauer Str. 8, 12557 Berlin
- 12.03.2011, 10:00 - 17:00, SPD Treptow-Köpenick, **NPD ade ... Treptow-Köpenick mit Courage – Unser Bezirk ohne Rassismus!** Zukunftswerkstatt für ein demokratischeres und toleranteres Treptow-Köpenick. Teilnahme bitte per mail anmelden oder im SPD-Kreisbüro, Tel.: 65496204, Jugendzentrum Johannisthal, Winckelmannstr. 56, 12487 Berlin
- weitere Termine unter www.spd-berlin.de/termine

Veranstaltungen des August-Bebel-Instituts

- Sa 12. März 2011, 10-17 Uhr [Q32]. Politische Diskussionen moderieren – ein Training. Politische Dialoge, Podiumsdiskussionen, Gesprächsrunden
- Sa 19. März 2011, 14-16 Uhr [Q80]. **Vom Nebeneinander zum Miteinander: Mauerbau und Willy Brandts Ostpolitik**. Ausstellungsführung durch Stiftungsdirektor Axel Klausmeier und Gespräch zwischen Ingrid Stahmer und Klaus Schütz
- So 20. März 2011, 14-16 Uhr [Q81]. **100 Jahre Internationaler Frauentag** - Eine historische Spurensuche durch Berlin-Mitte. Von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Thematische Stadtführung
- Sa 26. März 2011, 10-17 Uhr [Q36]. **Gutes tun – und darüber für Presse und Internet schreiben** **BS** ☐
 ➡ Das vollständige Programm, Auskunft zu den Veranstaltungen und Anmeldungen per Mail unter kontakt@august-bebel-institut.de oder telefonisch unter 4692-121. Mehr im Internet: www.august-bebel-institut.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Kunst in der Nachbarschaft

Ausstellung der Künstlerkolonie Wedding in der KSH-Galerie

„Welthauptstadt der Kunst“ - mit diesem verpflichtenden Titel schmückt sich wohl nicht ganz zu Unrecht Berlin. Dieser Anspruch gründet nicht zuletzt auf der großen Zahl hier lebender und arbeitender Künstlerinnen und Künstler: etwa fünf- bis sechstausend. Wie viele von ihnen kennen wir, außer denen, deren Werke in den großen Museen und Galerien hängen? Sie sind gemeint, wenn wir vom „Humus der Kulturmetropole Berlin“ sprechen. Trotz Existenzsorgen, fehlender Ausstellung- und Verkaufsmöglichkeiten schaffen sie aufregende Werke, die es verdienen, einer interessierten Öffentlichkeit präsentiert zu werden.

Viele Künstlerinnen und Künstler haben ihr Atelier und ihre Wohnung im Wedding. Im Wedding? Das überrascht nur diejenigen, die mit einem einseitigen, Probleme suchenden Blick auf diesen Bezirk schauen. Einige dieser Künstlerinnen und Künstler haben sich im Verein „Kolonie Wedding“, im Soldiner Kiez, zusammengeschlossen. Das Kulturforum der Stadt Berlin der Sozialdemokratie hat drei von ihnen eingeladen, ihre Arbeiten in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus vorzustellen.

Marlene Jachmann, geboren in Rudolstadt, Malerin und Musikerin, interessiert sich in ihren Werken für Bäume und Pflanzen. „Im zeichnerischen Erfahren des mir gegenüberstehenden Organismus geht es mir um die Benennung sich herauskristallisierender Fragmente“, sagt sie.

Elena Ilina, geboren in Odessa, Ukraine, arbeitet viel mit Fundstücken jeder Medienart, um ihnen „eine zweite Chance zu geben, eine Möglichkeit der Rückkehr in eine neue Situation, eine fremde Umgebung, einen anderen Zusammenhang“.

Armin Kauker, Berliner, zeigt Arbeiten, die aus einem Kunstprojekt im Zusammenhang der Laternenbekrönung mit dem



Marlene Jachmann: Gräser, 2003, Öl auf Malpappe, 50 x 40 cm

Kreuz des Berliner Doms entstanden sind. Aus nicht verbrauchten Materialien schuf er eindrucksvolle Collagen.

Zur Vernissage sind die Künstler anwesend und stehen bei Wein und Wasser zu Gesprächen bereit. Außerdem wird eine Vertreterin der „Kolonie Wedding“ über die Arbeit des Vereins berichten.

Häufig fehlt Anstoß oder Gelegenheit, sich Werke anzusehen, die nicht oder noch nicht in den großen Kultur- oder Galerie-Tempeln hängen. Das Kulturforum bietet mit dieser Ausstellung dazu die Gelegenheit.

Eckhardt Barthel □

➔ Ausstellungseröffnung am Mittwoch, 23. Februar, 18 Uhr (bis 18.3.), Galerie im Kurt Schumacher-Haus, Berlin Wedding, Müllerstraße 163. Dauer der Ausstellung: 23. 2. bis 18. 3. 2011. Öffnungszeiten der Galerie: Mi, Do, Fr, 16 bis 18 h

➔ Ausstellungswochenende der Kolonie Wedding vom 25.–27. Februar 2011: 12 Projekträume laden am letzten Februarwochenende ein zu Vernissagen zeitgenössischer Kunst, Konzerten und geführten Rundgängen. Geführte Touren finden statt am Freitag, 25.02., 19.30 Uhr (Treff: PrimoPiano Berlin, Freienwalder Str. 32) und Sonntag, 27.02., 14.30 Uhr (Treff: wortwedding, Prinzenallee 59)

KULTURTIPPS

Besuch im Archiv der Jugendkulturen.

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie lädt am Mittwoch, dem 2. März 2011 um 19:00 Uhr zu einem Besuch im Archiv der Jugendkulturen e.V. Klaus Farin, Gründer des Archivs der Jugendkulturen e.V., Journalist, Referent und Autor durch die Räume und zeigt die Bestände des Archivs. Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e. V. sammelt Materialien jugendlicher Kulturen (Skinheads, Punks, Grufties, Rapper ...). Die 200 qm große Bibliothek des Archivs beinhaltet über 6.000 Bücher und Broschüren, ca. 28.000 Fanzines, Zeitschriften, Zeitungen, rund 400 Magister- und Diplomarbeiten, 4.000 CDs, LPs, MCs, DVDs, Videos sowie Zehntausende von Presseauschnitten und ungezählte Flyer.

➔ Besuch und Diskussion im Archiv der Jugendkulturen, 2. März, 19 Uhr, Fidicinstraße 3, 10965 Berlin

Fotoausstellung zum Völkermord an den Armeniern 1915/16.

Bis zum 30. April ist in der Friedensgalerie des Anti-Kriegsmuseums Berlin eine Ausstellung mit Fotodokumenten zur Verfolgungsgeschichte der Armenier im Osmanischen Reich zu sehen. Die Ausstellung wurde vom Informations- und Dokumentationszentrum Armenien erarbeitet und steht unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters von Berlin-Mitte, Dr. Christian Hanke.

➔ Antikriegsmuseum, Brüsseler Str. 21, Berlin-Mitte (U9 Amrummer Straße, U6 Seestraße)

Zeichnungen einer Schriftstellerin. Als Dichterin ist sie bekannt. Die Ausstellung „Else Lasker-Schüler - Die Bilder“ unternimmt nun im Hamburger Bahnhof ihre bislang umfassendste Würdigung als bildende Künstlerin.

➔ bis zum So. 01.05.2011, Hamburger Bahnhof, Invalidenstr. 50, 10557 Berlin (Mitte), Preise: 12 Euro und 6 Euro (erm.), Mo geschlossen, Di-Fr 10 -18, Sa 11 -20, So 11 - 18.